

GASTKOMMENTAR

Tibets Wut und Not

Seit der gewaltsamen Okkupation ihrer Heimat 1950 haben sich die Tibeter vielfach vergeblich gegen die chinesische Besatzung erhoben. Auf die Forderung nach Autonomie innerhalb Chinas lässt sich Peking nicht ein.

Kelsang Gyaltzen 9.3.2017, 05:30 Uhr

Die Tibeter im Exil begehen den Jahrestag des Volksaufstandes vom 10. März 1959 gegen die chinesische Besetzung. Die Tibetergemeinschaft in der Schweiz wird eine Kundgebung in Bern vor der chinesischen Botschaft abhalten wollen. Aber man wird ihr lediglich eine Demonstration weit ausserhalb der Sicht- und Hörweite der Statthalter Pekings zugestehen. Das ist seit Jahren die gängige Praxis – aus Rücksichtnahme der Schweizer Regierung gegenüber China.

Wie weit diese Rücksichtnahme geht, wurde beim Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Januar vorexerziert. Die Medien haben ausführlich über das unverhältnismässig harte Vorgehen der Polizei gegenüber friedlich demonstrierenden Tibetern und [das ungebührliche Eingehen des Bundesrats auf die politischen Empfindlichkeiten des KP-Führers](#) berichtet.

Besetzung, nicht Befreiung

Eine Mehrheit der Tibeter hat darauf mit Gelassenheit reagiert. Sie vertrauen darauf, sich auf die Sympathie und die Anteilnahme eines grossen Teils der Schweizer Bevölkerung verlassen zu können. Das ist die Erfahrung, die sie im Alltag mit ihren Mitmenschen machen. Besorgnis aber weckt, dass kaum über die politische Problematik und die Lage der Menschenrechte in Tibet berichtet wurde. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang die allgemeine Geschichtsvergessenheit. Als 1950 die chinesische Armee in Tibet einmarschierte, nannte China dies «die friedliche Befreiung Tibets», wogegen die Tibeter die Vorgänge als das betrachteten, was sie wirklich darstellten: [die gewaltsame Okkupation ihrer Heimat](#).

Die einvernehmliche Lösung des Tibet-Problems könnte der Flügelschlag eines Schmetterlings sein, der in ganz China eine neue Ära politischer Reformen einläutet.

Heute gilt es zur Kenntnis zu nehmen, dass die internationale Gemeinschaft es in Bezug auf diese Besetzung hinnimmt, dass in Tibet Unrecht zu Gewohnheitsunrecht und Gewohnheitsunrecht zu Gewohnheitsrecht wird. Der Fall Tibet zeigt, dass postfaktische Behauptungen keineswegs nur eine Erscheinung der jüngeren Gegenwart sind. Diese können sich durchsetzen, wenn aus Gleichgültigkeit der Wille zum Widerspruch fehlt.

Infolge der Besetzung sind Hunderttausende von Tibetern ums Leben gekommen. Über 6000 Klöster, die als Bildungszentren, Bibliotheken und Museen dienten, wurden zerstört. Tibets Umwelt ist durch systematischen Raubbau an den Naturschätzen immenser Schaden zugefügt worden. Seit den achtziger Jahren gibt es einen stetigen Zuzug von Chinesen ins Land, mit der Folge, dass nach der militärischen Besetzung eine demografische Unterwerfung Tibets im Gange ist.

Paradies unter Polizeikontrolle

Beat U. Wieser, Lhasa / 16.11.2014, 05:30



Die chinesische Führung sieht in der eigenständigen Kultur, Sprache, Religion, Geschichte und Identität Tibets die Gefahr, dass sich Tibet abspalte. Es ist daher die Grundausrichtung ihrer Politik, diese zu untergraben. Der stete Zustrom chinesischer Siedler soll die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land machen. Sie sollen politisch, kulturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich Bürger zweiter Klasse werden. Hier ist nicht weniger als ein kultureller Genozid im Gang,

Kein Wunder, stösst die chinesische Besetzung Tibets nach wie vor auf entschlossenen tibetischen Widerstand. [Im Jahr 2008 kam es im ganzen tibetischen Hochplateau zu heftigen Demonstrationen](#). Es war bereits die dritte Generation, die, geboren und aufgewachsen unter chinesischer Herrschaft, sich gegen die Okkupation erhob. In einem heroischen Akt von Widerstand haben sich seit 2011 145 Tibeterinnen und Tibeter im Protest gegen die chinesische Unterdrückung selber verbrannt. Offensichtlich sind die tibetischen Proteste – trotz einer tragischen Radikalisierung des Widerstandes – gegen Willkür und Unrecht und nicht gegen chinesische Mitbürger gerichtet.

Anhaltender Widerstandsgeist

Die Tibeter im Exil haben unter der Führung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama zielstrebig eine umfassende Demokratisierung der Gemeinschaft vorangetrieben. Heute besitzen wir eine demokratisch gewählte politische Führung, die den Auftrag hat, durch Verhandlungen eine echte Autonomie für Tibet im Rahmen der Volksrepublik China zu erreichen. Die chinesische Regierung hat bisher alle diesbezüglichen Vorschläge zurückgewiesen. Ihr Standpunkt ist, dass es kein Tibet-Problem und damit keine Tibet-Frage zu verhandeln gibt.

Mit dieser Haltung stellt sich die chinesische Regierung auf die falsche Seite der Geschichte. Denn in Tibet ist der Widerstandsgeist stärker denn je. Auch in China selber solidarisiert sich heute eine wachsende Anzahl von Intellektuellen mit den Anliegen der Tibeter. Junge Chinesen wenden sich zunehmend dem tibetischen Buddhismus zu, und chinesische Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten engagieren sich für eine friedliche Beilegung des Tibet-Konflikts.

«So eng wie nie zuvor»

Valerie Zaslawski / Marcel Amrein / sda / 15.1.2017, 18:32



Wenn man die Sache weiterdenkt, könnte die einvernehmliche Lösung des Tibet-Problems der Flügelschlag eines Schmetterlings sein, der in ganz China eine neue Ära politischer Reformen einläutet. Die internationale Gemeinschaft hat eine Verpflichtung, eine konstruktive Rolle bei einer friedlichen Lösung dieses Konfliktes zu spielen. Die Schweiz wäre aufgrund ihrer Neutralität und ihrer humanitären Tradition dafür besonders geeignet. Nicht nur gilt es, hier die Werte von Freiheit und Selbstbestimmung zu verteidigen. Es würde auch dem Selbstverständnis der Schweizer als eines kleinen, aber selbstbewussten Bergvolks entsprechen, einem anderen Bergvolk, das sich in Bedrängnis und Not befindet, tatkräftig beizustehen.

Kelsang Gyaltzen, 1963 als 12-jähriger tibetischer Flüchtling in die Schweiz gelangt, stand dreissig Jahre im Dienst des Dalai Lama. Von 2002 bis 2010 hat er als einer von dessen Sondergesandten des Dalai Lama Gespräche mit der chinesischen Regierung geführt.